

Schlieren darf das Sandbühl verkaufen

61,3 Prozent der Stimmberechtigten sprechen sich für das 15,4-Millionen-Geschäft aus. Doch unter Dach und Fach ist es noch nicht.

Alex Rudolf

Schlieren darf das Alterszentrum Sandbühl samt umliegenden Parzellen an den Spitalverband Limmattal veräussern. 1155 Stimmberechtigte votierten am gestrigen Urnengang für das Geschäft. Dies entspricht einem Ja-Stimmen-Anteil von 61,3 Prozent. 38,6 Prozent oder 728 Stimmberechtigte waren gegen den 15,4-Millionen-Verkauf. Die Stimmbeteiligung betrug magere 23,3 Prozent.

Weder das Sandbühl-Gebäude noch die dazugehörigen Landparzellen würden den Anforderungen an ein modernes Alterszentrum entsprechen und seien daher von keiner strategischen Bedeutung für die Stadt. So lautete die Begründung des Stadtrates für die Veräusserung. Im Stadtzentrum plant er zudem ein neues Alterszentrum. Für das Spital sei das Sandbühl-Land jedoch für die langfristige Entwicklung von Bedeutung, obwohl noch kein konkretes Erweiterungsprojekt existiert.

Enttäuschung bei «Hebe mer Schliere Sorg»

Für die Gegner aus den Reihen der SP, Grünen, CVP und des Quartiervereins (QV) handelt es sich beim Land um das Tafelsilber der Stadt, das nicht verkauft werden soll. Besonders im Hinblick auf den steigenden Wert von Landreserven in einer wachsenden Stadt. Für den Sprecher des Komitees «Hebe mer Schliere Sorg», QV-Gemeinderat Thomas Widmer, kam das eindeutige Ergebnis überraschend: «In Gesprächen nahm ich grosse Opposition aus der Bevölkerung wahr», sagt er. Man habe wohl unterschätzt, dass Urnengeschäfte im Zusammenhang mit dem Spital bei der Bevölkerung als grundsätzlich positiv gewertet werden. «Hätte man das Land an einen Privaten verkaufen wollen, wäre der Widerstand aus der Bevölkerung wohl grösser gewesen», so Widmer.

Die SVP, die FDP, die EVP und die GLP stellten sich hinter

die Argumentation der Exekutive. Für sie handelt es sich um einen Sieg der Vernunft. Dies sagt Christian Meier, SVP-Sozialvorstand und Sprecher des Pro-Verkauf-Komitees. «Die Stimmberechtigten sehen im Spital Limmattal einen guten Partner und halten den Verkauf für sinnvoll, da wir das Geld gebrauchen können», sagt er auf Anfrage. In dieser Deutlichkeit habe er das Ergebnis jedoch nicht erwartet.

Der Stadtrat ist erleichtert. Die für das Geschäft verantwortliche Finanz- und Liegenschaftsvorsteherin Manuela Stiefel (parteilos) war im Vorfeld nicht siegessicher. «In Gesprächen stellte ich fest, dass manch einer anders abgestimmt hat, als ich das erwartet hätte. Dies traf auf beide Seiten zu. Eine Tendenz auszuloten, gestaltete sich schwierig», sagt sie. Schliesslich denke sie aber auch, dass der gute und verlässliche Ruf des Spitals Limmattal zum Glanzergebnis beigetragen habe. Besonders zumal noch kein konkretes Projekt, sondern erst die Möglichkeit auf eine zukunftsgerichtete Planung bestehe. «Die Schlieremer Stimmberechtigten vertrauen darauf, dass das

«Hätte man das Land an einen Privaten verkaufen wollen, wäre der Widerstand aus der Bevölkerung wohl grösser gewesen.»



Thomas Widmer
Gemeinderat (QV)

Spital mit dem Land das Richtige tun wird.»

Verbandsgemeinden entscheiden über den Kauf

Auch beim Spital Limmattal ist die Freude über das Ergebnis gross. Markus Bärtschiger, Präsident des Verwaltungsrats und Schlieremer SP-Stadtpräsident, sagt, dass man bei einem Nein komplizierte Umwege hätte beschreiten müssen. «Entweder hätte man komplexe Baurechtsverträge mit Schlieren aushandeln oder den Kauf zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ein konkretes Projekt vorliegt, nochmals thematisieren müssen.»

Nun wird die Delegiertenversammlung des Spitals den Kauf behandeln und eine Empfehlung zuhanden der Stimmberechtigten aus den Verbandsgemeinden abgeben, die anschliessend an der Urne entscheiden müssen. Dass anlässlich dieses Urnengangs nochmals Widerstand von den Gegnern kommt, glaubt Bärtschiger nicht. «Ich hörte von verschiedenen Seiten, dass man den Urnenentscheid und somit dem Verkauf akzeptieren würde.»

«Die Schlieremer Stimmberechtigten vertrauen darauf, dass das Spital Limmattal mit dem Land das Richtige tun wird.»



Manuela Stiefel
Finanzvorsteherin (parteilos)



SP, Grüne, CVP und QV waren gegen den Verkauf des Alterszentrums Sandbühl.